© DiesbachMedien | Ausgabe: Weinheimer Nachrichten | Lokales | 01.08.2017 | Seite 9

Windkraft: Umweltminister Franz Untersteller beantwortet Anfragen der Landtagsabgeordneten Georg Wacker und Uli Sckerl / Gespräch auf Fachebene als nächster Schritt

Ministerbrief lässt viele Fragen offen

Von unserem Redaktionsmitglied

Carsten Propp

Weinheim. Jetzt hat auch der CDU-Landtagsabgeordnete Georg Wacker eine Antwort aus dem baden-württembergischen Umweltministerium erhalten. Wacker hatte Ende Mai angefragt, ob es denn einen konkreten Anlass gebe, an der ablehnenden Beurteilung der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) zu einer Konzentrationszone für Windenergie im Weinheimer Landschaftsschutzgebiet zu zweifeln. Außerdem wollte Wacker wissen, wann denn mit einem Ergebnis der Überprüfung zu rechnen sei.

Wie vergangene Woche berichtet, wartet die Stadt Weinheim seit drei Jahren auf eine Antwort auf die Frage, ob die Stadt in der Nähe von Geiersberg und Goldkopf eine Konzentrationsfläche für mindestens drei Windräder im Landschaftsschutzgebiet („Zonierung") ausweisen darf. Dazu soll demnächst auf Einladung des Regierungspräsidiums ein Gespräch zwischen der Stadt Weinheim und der Unteren Naturschutzbehörde des Rhein-Neckar-Kreises stattfinden.

Minister: „Justiziable Grundlage"

Umweltminister Franz Untersteller liefert in seinem Brief, der unserer Lokalredaktion vorliegt, darüber hinaus wenig Neues. Er verweist lediglich darauf, dass es „gerade in einem vor Ort häufig umstrittenen Bereich wie dem Ausbau der Windenergie bereits bei der Planung wichtig ist, dass diese auf einer fachlich abgesicherten und justiziablen Grundlage erfolgt". Nur so könne auch ein potenzieller Investor später Planungssicherheit erlangen.

Weiter erinnert Untersteller daran, dass sein Ministerium aufgrund eines Schreibens des Landtagsabgeordneten Uli Sckerl eine umfassende rechtliche und fachliche Prüfung durch das Regierungspräsidium Karlsruhe als höherer Naturschutzbehörde in die Wege geleitet habe. Am Rande bemerkt: Das war bereits im Juni 2016.

Nach einem zwischenzeitlich erfolgten Austausch seiner Fachabteilung mit dem Regierungspräsidium (RP) habe man das RP nun gebeten, so der Minister weiter, die Stadt Weinheim und das Landratsamt des Rhein-Neckar-Kreises „zu einem Gespräch auf Fachebene einzuladen, um die weitere Vorgehensweise möglichst einvernehmlich zu klären". Er gehe davon aus, „dass eine Terminierung in Kürze erfolgt", schreibt Minister Untersteller, fügt aber hinzu: „möglicherweise wegen der Urlaubszeit erst nach der Sommerpause".

Wacker: „Nicht nachvollziehbar"

Der CDU-Landtagsabgeordnete Georg Wacker kommentierte die Antwort aus dem Umweltministerium so: „Warum ich statt der vorgesehenen drei Wochen fast zwei Monate auf die Antwort warten musste, kann ich weder inhaltlich noch organisatorisch nachvollziehen. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass die Untere Naturschutzbehörde den Antrag der Stadt

Weinheim nach bestem Wissen und Gewissen geprüft hat. Und mir ist nach wie vor nicht bekannt, weshalb es daran Zweifel geben sollte." Ihm erschließe sich daher auch nicht, was ein vom RP moderiertes Gespräch zwischen der Stadt Weinheim und dem Landratsamt bewirken soll.

Sckerl: „Sache der Fachbehörden"

Auch der Grünen-Landtagsabgeordnete Uli Sckerl hat mittlerweile Post – mit ganz ähnlichem Inhalt – aus dem Umweltministerium bekommen, „nachdem er selbst seit Sommer 2016 nichts mehr in der Sache gehört hatte", wie er am Montag in einer Presseerklärung mitteilte. Da es immer wieder Diskussionen um seine Rolle bei diesem Thema gibt, betonte Sckerl erneut: „Ich habe im Frühjahr 2016 im Ministerium auf städtische Bitte hin einen Brief der Stadt Weinheim zu ihrem Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung im Landschaftsschutzgebiet übergeben. Mit dem Ausweisungsverfahren von Konzentrationsflächen selbst hatte und habe ich zu keinem Zeitpunkt zu tun. Das ist ausschließlich Sache der Fachbehörden."

Auch Sckerl vertritt die Auffassung, dass die Angelegenheit nun entschieden werden sollte – und zwar „von der Unteren Naturschutzbehörde in eigener Zuständigkeit", wie er erklärte: „Eine fachaufsichtliche Weisung ist dabei kein Thema."

Fetzner: „Bisher keine Info"

Wie Weinheims Erster Bürgermeister Dr. Torsten Fetzner am Montag auf Anfrage erklärte, liegt der Stadt Weinheim allerdings zu dem angestrebten „Gespräch auf Fachebene" noch keine offizielle Information aus dem Ministerium oder dem Regierungspräsidium vor. Ein Abstimmungstermin ergebe aus seiner Sicht zwar durchaus Sinn.

Sobald naturschutzrechtliche oder artenschutzrechtliche Fragen auftauchen sollten, müssten aber wahrscheinlich neue Fachgutachter mit ins Boot geholt werden. Nur dann wäre nach seiner Erfahrung ein Kompromiss vorstellbar, so Fetzner. Das klingt nicht gerade nach einer baldigen Klärung.

Noch immer ergibt sich kein klares Bild bei der Frage, ob Weinheim im Landschaftsschutzgebiet rund um Geiersberg und Goldkopf eine Zone zur Errichtung von mindestens drei Windrädern ausweisen darf. Symbolbild: Simon Hofmann